



Interviews

Datum: 08. März 2024

Manfred Weber (CSU), Fraktionsvorsitzender der EVP im Europäischen Parlament, im Gespräch mit Maria Grunwald

Maria Grunwald: Die Europäische Volkspartei (EVP) hat sich Mittwoch und gestern, Donnerstag, bei einem Kongress in Bukarest für die Europawahlen im Juni aufgestellt – zum einen mit einem Programm, das man mit mehr Verteidigung, schärfere Asylpolitik, weniger Umweltschutz zusammenfassen könnte, zum anderen mit der Wahl ihrer Spitzenkandidatin, die bisherige EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, und damit hat sie beste Chancen, auch weitere fünf Jahre Kommissionspräsidentin zu werden. Schönheitsfehler: Kandidatin und Programm passen eigentlich nicht so sehr zusammen, sagen politische Beobachter, denn von der Leyen wollte ja gerade den Green Deal, mehr Umweltschutz und Klimaneutralität der EU bis 2050, als ihr Vermächtnis etablieren, und unter dem Druck ihrer Parteienfamilie und auch der Bauernproteste war sie allerdings zuletzt auch dafür, Auflagen für Landwirte etwa beim Einsatz von Pestiziden zurückzunehmen.

Geht sie jetzt auch bei den Punkten mehr Verteidigung und eine schärfere Asylpolitik mit und wie genau sind die Pläne der EVP? Wird da auch mehr nach rechts geblinzelt? – Viel zu besprechen und dazu begrüße ich am Telefon Manfred Weber, CSU-Europaabgeordneter und EVP-Fraktions- und Parteichef. Guten Morgen, Herr Weber.

Manfred Weber: Hallo! – Guten Morgen, Frau Grunwald.

Grunwald: Herr Weber, haben Sie sich schon auf die Schulter geklopft, dass Sie Ursula von der Leyen jetzt auf einen deutlich konservativeren Kurs (Stichworte mehr Sicherheit, schärfere Asylregeln) eingeehrt haben?

Weber: Um das geht es nicht. Es geht um die Fragestellung, welche Aufgaben uns unsere Zeit heute stellt. Vor fünf Jahren wollten wir gemeinsam und haben wir gemeinsam das Thema Green Deal angepackt. Die EVP-Fraktion im Europäischen Parlament hat 32 von 34 Umweltgesetzen mitgetragen. Wir haben beispielsweise für da zentrale Klimagesetz gestimmt, das die Grünen im Europäischen Parlament abgelehnt haben. Insofern: Wir sind die Partei vom Green Deal und stehen auch dazu. Aber heute weiß doch jeder, dass wir neue

Aufgaben haben. Jetzt geht es um Verteidigung, jetzt geht es um Arbeitsplätze und die wollen wir anpacken.

Grunwald: Entschuldigung, Herr Weber. Sie sagten gerade, Sie seien die Partei nach wie vor des Green Deals. Aber es ist ja so, dass Sie Auflagen zurückgenommen haben, konkret bei den Pestiziden für Landwirte. Das wurde ja zurückgenommen.

Weber: Frau Grunwald, wenn die Menschen jetzt am Samstagmorgen zum Einkaufen gehen, spüren sie die hohen Nahrungsmittelpreise in den Supermärkten, und in der Zeit haben wir gesagt, wir müssen unseren Bauern jetzt den Rücken stärken, damit sie produzieren, damit sie jetzt Nahrungsmittel produzieren. Die Zeit hat sich fundamental geändert und darauf muss Politik Antwort geben. Das machen wir. Es wird am Green Deal überhaupt nichts zurückgenommen. Wir wollen den Deal. Meine Generation, ich bin selbst 52 Jahre alt, es ist unsere Generationenaufgabe. Auch die jungen Menschen, die 16jährigen, dürfen dieses Mal zum ersten Mal wählen bei der Europawahl. Sie können sich darauf verlassen, dass die Europäische Volkspartei, die Christdemokraten dieses Thema ernstnehmen.

Grunwald: Aber auch das Verbrenner-Aus bis 2035 soll wieder auf den Prüfstand. – Ich möchte aber weiterkommen.

Weber: Frau Grunwald, wenn ich das sagen darf, wenn Sie es ansprechen? – Wir waren uns alle einig, dass ab 2035 kein Auto mehr zugelassen wird, das CO2 produziert. Das haben wir alle mit unterstützt. Aber warum soll ich als Politiker die Technik dafür regeln? Um die Frage geht es und die werden wir strittig stellen in den nächsten Wochen und Monaten im Wahlkampf, und wir werden auch zeigen, dass wir Arbeitsplätze bei uns halten wollen und nicht nach China exportieren. Um die Fragen geht es!

Grunwald: Aber deswegen sagen Experten oder Beobachter, da verbirgt sich ein bisschen weniger Umweltschutz oder ein bisschen weniger Priorität für Umweltschutz. – Ich möchte weitergehen. Wie erklären Sie sich, dass gerade aus Ihrer Parteienfamilie immer wieder Stimmen laut wurden, die sagten – ich komme noch mal zurück zur Kandidatin, zu Frau von der Leyen -, sie sei zu links, das könne man an einer zu weichen Asylpolitik sehen, oder sie sei zu grün, Verfechterin des Green Deals.

Weber: Zunächst mal: Ursula von der Leyen hat eine institutionelle Rolle auszufüllen und die hat sie in den letzten fünf Jahren ausgefüllt als Kommissionspräsidentin. Das ist eine große

Koalition. Die Kommissare werden ja von allen Parteien benannt. Auf der linken Seite war da Frans Timmermans von den Sozialdemokraten sehr dominant die letzten fünf Jahre. Deswegen muss sie auch ausgleichen. Sie muss auch alle Interessen mit einbinden. Sie kann nicht EVP pur vertreten. Das machen wir in der Partei und in der Fraktion. Das haben wir auch in den Gesetzgebungsverfahren gemacht. Diese Rollenverteilung ist institutionell angelegt und auch richtig so. Das ist mal der erste Punkt.

Jetzt ist aber Ursula von der Leyen Kandidatin und sie hat gestern eine Rede gehalten für die Partei, für die Europäische Volkspartei, um den Menschen ein Angebot zu machen. Die Menschen müssen ja wissen, in welche Richtung ein Politiker gehen will, und diesen Wahlkampf wünsche ich mir jetzt auch, dass wir lebendig inhaltlich auch streiten, nicht den Rechtsradikalen das Feld überlassen, sondern auch in der Mitte, der demokratischen Mitte, Alternativen anbieten. Die einen sind für das Verbrenner-Aus, die anderen sind dagegen, und die Menschen sollen dann lebendig in der Demokratie diskutieren und hoffentlich am 9. Juni auch entscheiden.

Grunwald: Der Punkt ist verstanden. Aber steht Ursula von der Leyen voll und ganz hinter dem EVP-Wahlprogramm, oder sprechen wir hier lediglich von einem Zweckbündnis, weil nun mal Wahlen im Juni anstehen und sowohl die EVP wie auch Frau von der Leyen einen Machtwillen haben?

Weber: Jeder von uns hat sein eigenes persönliches Profil. Ich bin überzeugter Europäer, würde mich auch als Liberalen bezeichnen, in der Mitte stehend bezeichnen, als Christdemokrat. Ich bin kein Konservativer beispielsweise. Aber wir haben auch konservative Stimmen in der Partei und das ist eine große Volkspartei, die uns ausmacht. Wir sind mit zwölf Staats- und Regierungschefs heute das Powerhouse Europas.

Grunwald: Aber die Frage war, ob Frau von der Leyen voll und ganz hinter diesem Kurs steht.

Weber: Ja, genau, und Ursula von der Leyen hat auch ihren Kurs, beispielsweise, dass ihr das Thema Klimaschutz persönlich ein extremes Anliegen ist, und das schätze ich, das unterstütze ich auch. Jeder hat seine Schwerpunkte, die er einbringt, und trotzdem: Wenn man vorne steht als Parteichef, als Spitzenkandidatin wie Ursula von der Leyen, dann vertritt man auch die Gesamtpositionen. Das heißt, unser Wahlprogramm, das wir am Mittwoch beschlossen haben, dieses Wahlprogramm werden wir in den nächsten fünf Jahren umsetzen. Die Menschen müssen ja wissen, auf was sie sich verlassen können, und das wird die Richtschnur sein.

Grunwald: Wahlprogramme sind nicht Regierungsprogramme. Wird sich von der Leyen an diesem konservativen Kurs halten?

Weber: Wissen Sie, das werden die Menschen entscheiden. Wenn die Grünen wieder ein starkes Ergebnis bekommen wie bei der letzten Wahl, dann wird es in eine bestimmte Richtung gehen. Wenn die Europäische Volkspartei, wie es jetzt aussieht, gestärkt aus dieser Wahl herausgeht – wie gesagt, wir haben jetzt alle Wahlen gewonnen -, dann werden wir ein bürgerlicheres Programm umsetzen. Und ich sage schon deutlich dazu: Ich möchte die Brüsseler Ampel beenden. Ich glaube, dass wir ideologisch auch Fehler gemacht haben, weil die Brüsseler Ampel Ideologie vor Pragmatismus gesetzt hat, um Ziele zu erreichen. Das werden wir jetzt im Wahlkampf lebendig diskutieren und dann wird über das nächste Europäische Parlament entschieden, wie die Richtung aussieht. Die Menschen entscheiden in einer Demokratie.

Grunwald: Dann lassen Sie uns auf Ihr Programm schauen. Mehr Verteidigung ist da ein ganz großes Stichwort und da gehen die EVP-Pläne deutlich weiter als die der EU-Kommission. Die Kommission möchte sich für eine stärkere gemeinsame Beschaffung von Munition und Waffen einsetzen – klappt bislang nicht wirklich -, und die EVP strebt dagegen eine „Europäische Verteidigungsunion mit integrierten europäischen Streitkräften zu Lande, zu Wasser, im Cyber Space und in der Luft“ an. Wenn die Europäer bislang nicht einmal gemeinsam Waffen anschaffen und Verteidigung nun mal eine nationale Aufgabe ist, inwieweit ist dann die alte Idee einer europäischen Armee realistisch?

Weber: Politik muss Bilder, muss Visionen, muss Perspektiven aufbauen und das machen wir mit unserem Vorschlag.

Grunwald: Also ist es bislang unrealistisch?

Weber: Ja, wir hadern seit Jahren daran, seit Jahrzehnten daran, und wenn man in der Geschichte noch mal zurückblickt: Es war ja die Uridee Europas, Adenauers, De Gasperis, Schumans, die Verteidigungsunion zu schaffen mit der Idee, eine Armee und dann ist nie wieder Krieg in Europa. Das ist eine faszinierende, schöne, historische Idee, neun Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg. Heute kommen wir zurück zu dieser Idee und sagen, wenn wir so stark geeint sind, dann kann uns Putin nie herausfordern, dann können wir Frieden in Europa sichern. Das ist die Idee, die dahintersteckt. Der Einstieg, den Ursula von der Leyen jetzt mit der gemeinsamen Beschaffung macht, mit einem gemeinsamen Rüstungsmarkt

Deutschlandfunk

Ein Programm von Deutschlandradio

Raderberggürtel 40

50968 Köln

Fragen und Anmerkungen an: hoererservice@deutschlandradio.de

macht, ist richtig, aber ja, Sie haben recht, wir müssen ambitionierter denken. Wir brauchen vielleicht einen gemeinsamen Flugzeugträger. Wir brauchen vielleicht die gemeinsamen Raketenabwehrsysteme für Europa, ein Cyber Defense System für Europa. Das heißt, Europa kann mehr, als die Summe der Nationalen kann, und das ist es, was wir erarbeiten müssen.

Grunwald: Sehen Sie dafür wirklich einen politischen Willen, dass die Nationalstaaten diese Zuständigkeit abgeben?

Weber: In meinen Gesprächen ja. Bei den Staats- und Regierungschefs ist der Wille da. Jeder spürt, dass er national die Budgets auch nicht mehr hat, dass das Geld nicht mehr dafür da ist. Wir müssen das gemeinsam machen und mittelfristig: 330 Millionen Amerikaner werden nicht dauerhaft 440 Millionen Europäer verteidigen. Wir müssen das selbst machen.

Grunwald: Im EVP-Programm ist auch die Rede von einem europäischen nuklearen Schutzschild. Was ist damit gemeint, dass sich die EU unter den nuklearen Schutzschirm Frankreichs stellt, oder dass die EU, wie zuletzt diskutiert wurde, eine eigene Atombombe benötigt?

Weber: Die Ausgestaltung wird sicher zu diskutieren sein. Unser Ansatz ist zunächst mal, pragmatisch betrachtet, das französische Gesprächsangebot aufzunehmen.

Grunwald: Aha!

Weber: Emmanuel Macron hat das vorgeschlagen, den französischen Schutzschirm auszuweiten, ihn zu europäisieren. Darauf gab es bisher aus Berlin keine Antwort und wir sollten zumindest jetzt miteinander reden über diese Frage.

Grunwald: Dann gab es noch die Forderung der EVP nach einem echten europäischen Verteidigungskommissar. Aber ich sagte es bereits: Verteidigung ist eine nationale Aufgabe, die die Länder kaum aus der Hand geben wollen. Wäre es dann nicht ein Herrscher ohne Reich, wenn es den gäbe, den Verteidigungskommissar?

Weber: Die Hauptaufgabe dieses Kommissars ist jetzt das Aufbauen der europäischen Rüstungswirtschaft, und die ist dringend notwendig. Sie haben das Versagen Europas beschrieben bei der Lieferung von einer Million Schuss Munition an die Ukraine. Wir waren dazu nicht in der Lage, unser Versprechen einzuhalten.

Grunwald: Aber dann bräuchte er auch ein Budget, was es gerade nicht gibt.

Weber: Das ist richtig. Wir werden über all die Fragen reden. Entscheidend ist, wir stehen vor historischen Fragen, und wir sind als Europäische Volkspartei die Partei an der Seite der Ukraine. Wir sind für die Taurus-Lieferung und wir sind für das gemeinsame Einsetzen, die Unterstützung für die Ukraine zu verstärken. Jetzt ist der richtige Zeitpunkt, das zu machen, weil dieses Jahr ein schwieriges wird. Wenn Putin in der Ukraine siegt, dann wird er weitermachen. Dann wird er die Europäische Union herausfordern. Deswegen ist ein historisches Momentum da und wir sind die Partei, die das jetzt beherzt angeht.

Grunwald: Schärfere Asylregeln, das ist auch eine weitere EVP-Kernforderung. Sie wollen, dass Asylbewerber in ein sicheres Drittland überführt werden und dort das Asylverfahren durchlaufen. Die Idee stammt von den Briten. Die wollen irregulär eingereiste Migranten unabhängig von ihrer Herkunft nach Ruanda abschieben, damit dort das Asylverfahren läuft – ein umstrittenes Modell, das auch vom obersten Gerichtshof des Vereinigten Königreiches schon mal als Verstoß gegen das Völkerrecht eingestuft wurde. Wie menschenwürdig wäre so ein Ruanda-Modell, wie Sie es jetzt auch wollen?

Weber: Alle Modelle müssen menschenwürdig sein und wenn Sie sich unser Programm anschauen, sehen Sie auch, dass wir uns ausdrücklich zum Asylrecht und zur Genfer Flüchtlingskonvention bekennen. Auch Ursula von der Leyen hat gestern deutlichgemacht, alles was gemacht werden muss basiert in Europa auf internationalem Recht. Das steht außer Frage für uns.

Nichts desto trotz sind die Ankunftsahlen zu hoch. Jeder Bürgermeister in Deutschland wird Ihnen das bescheinigen. Deswegen müssen wir die Zahlen senken und Modelle, um den Schlepperbanden im Mittelmeer das Handwerk zu legen, alle Modelle, die dafür notwendig sind, sind richtig. Beispielsweise hat Italien jetzt mit Albanien eine Vereinbarung abgeschlossen.

Grunwald: Aber dieses Modell widerspricht auch dem, was im europäischen Asylkompromiss mühsam ausgehandelt wurde. Da wurde gesagt, man kann Asylbewerber nur in einen sicheren Drittstaat abschieben, wenn es eine sinnvolle Verbindung zu dem Land gibt, wenn

etwa der Asylbewerber von dort stammt oder Familie dort hat, und ohne eine solche Verbindung dürfe nicht abgeschoben werden. Darauf hatte man sich mühsam geeinigt. Wie politisch klug ist es, da jetzt wieder das Fass aufzumachen?

Weber: Frau Grunwald, wir müssen Probleme lösen und ich darf darauf hinweisen, dass wir heute bereits eine bestehende Vereinbarung mit der Türkei haben, einem Drittstaat, in der steht, dass jeder, der an der griechischen Grenze ankommt, direkt zurückgeführt werden kann, ohne Verfahren. Bereits heute ist das im Rahmen des Europarechts möglich. Insofern basieren unsere Vorschläge auf Europarecht.

Wir werden entschiedener werden müssen. Die Außengrenzen müssen gesichert werden. Unter Einhaltung des humanitären Rechts müssen wir dafür sorgen, dass der Staat entscheidet, wer rein kann, und nicht die Schlepperbanden. Deswegen: Alle Maßnahmen, die diesem Ziel dienen, müssen jetzt angewandt werden.

Grunwald: Rechtspopulistische Parteien sind in Europa im Aufwind und wir stehen vor Europawahlen. Inwieweit ist dieser Ruf nach mehr Sicherheit, mehr Verteidigung, aber auch nach einer schärferen Asylpolitik ein bewusstes Schielen nach rechts?

Weber: Ist die Frage, Migration wieder unter Kontrolle zu kriegen, ist die Frage, Sicherheit aufzubauen, eine taktische Frage? – Meine Gegenfrage.

Für uns ist das einfach getrieben durch die Sorgen der Menschen, die wir draußen erleben, und darauf muss Politik jetzt Antworten geben, mutige Antworten geben, historische Antworten geben und nicht auf die Umfragen schauen, so wie ich das bei anderen erlebe. Wir wollen in der Sache lösen und unsere Brandmauer zum Rechtsradikalismus steht. Dieses Europa ist unser Europa.

Grunwald: Das sagen Sie. Aber wo liegt die Schmerzgrenze zur Zusammenarbeit mit Parteien von Rechtsaußen?

Weber: Die habe ich mehrfach klar definiert. Wir sind klar. Wir werden nicht zusammenarbeiten mit Parteien, die Europa in Frage stellen. Wir werden nicht zusammenarbeiten mit Parteien, die die Ukraine-Unterstützung in Frage stellen, die Putins Freunde sind. Und wir werden nie zusammenarbeiten mit Parteien, die den Rechtsstaat in Frage stellen. Mein Vorgänger als EVP-Parteivorsitzender ist Donald Tusk. Wir als EVP verteidigen derzeit den Rechtsstaat in vielen Staaten Europas. Deshalb können sich die Menschen auf unsere Brandmauer verlassen.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.